

## Änderungsantrag

der CDU-Fraktion

der FDP-Fraktion

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### **zur Beschlussempfehlung des Hauptausschusses zur Volksinitiative nach Artikel 76 der Verfassung des Landes Brandenburg „Schule in Freiheit“ (Drucksache 5/4609)**

Der Text der Beschlussempfehlung wird wie folgt geändert:

Der Landtag möge die Volksinitiative annehmen.

#### **Begründung:**

Die Volksinitiative „Schule in Freiheit“ setzt sich für Vielfalt in der Schullandschaft, eine freie Schulwahl und eine selbständige Organisation von Schulen ein. Ein von staatlichen und freien Schulträgern geprägtes Bildungsangebot ermöglicht es, Schülerinnen und Schüler bestmöglich nach ihren Fähigkeiten zu fördern. Schulen in freier Trägerschaft müssen daher als wichtiger Bestandteil des Bildungssystems des Landes Brandenburg angesehen werden. Ihr Angebot an alternativen pädagogischen Konzepten und Formen gilt es zu würdigen – wie auch das überdurchschnittlich hohe (auch finanzielle) Engagement von Lehrern und Eltern in freien Schulen zu würdigen ist.

Die Schulwahl soll gemäß den Fähigkeiten der Kinder erfolgen und darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängig sein. Deshalb müssen alle Schulen unabhängig ihrer Trägerschaft gleichberechtigt finanziert werden.

Der Modellversuch "Stärkung der Selbstständigkeit von Schulen" („MoSeS“) des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport hat bereits eindeutig gezeigt, dass sich eine höhere organisatorische Eigenverantwortung von Schulen in staatlicher Trägerschaft positiv auf die Schul- und Qualitätsentwicklung auswirkt. Aus diesem Grund sollten Schulen in staatlicher Trägerschaft auf freiwilliger Basis Entscheidungsbefugnisse übertragen bekommen, die insbesondere die Personal- und Budgetfreiheit betreffen. Dadurch werden Gestaltungsspielräume für die pädagogische Arbeit erweitert und die Schulen können ihr eigenes Profil herausbilden und weiterentwickeln, das sich an den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler orientiert.

Dr. Saskia Ludwig  
für die CDU-Fraktion

Andreas Büttner  
für die FDP-Fraktion

Marie Luise von Halem  
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN